

STEPHAN KAUFMANN

FREIHANDEL ALS WAFFE IM GLOBALEN MACHTKAMPF

**JENSEITS VON CHLORHÜHNCHEN UND SCHIEDSGERICHTEN:
DIE POLITISCHEN ZIELE DES TRANSATLANTISCHEN ABKOMMENS TTIP**

Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen den USA und der EU ist ein Mega-Projekt. Von vielen Seiten wird vor Risiken und Gefahren des Abkommens gewarnt. Dennoch treiben die zuständigen Stellen das Projekt immer weiter voran. Damit stellt sich die Frage: Warum wollen die EU und die USA überhaupt TTIP? Oder anders: Wofür nehmen sie mögliche Risiken des Abkommens in Kauf? Die in Aussicht gestellten Effekte auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sind gering. Der Plan der EU, ihrer Mitgliedsstaaten und der USA ist vielmehr, durch eine Kooperation ihre Stellung in der globalen Konkurrenz zu stärken – nicht nur wirtschaftlich, auch machtpolitisch. Damit steckt das Projekt gleichzeitig voller Widersprüche, denn es ist eine Kooperation von Konkurrenten.¹

Seit Sommer 2013 verhandeln die EU-Kommission und die US-Regierung über den Abschluss des Abkommens TTIP, und damit über einen umfassenden Abbau von Handelshemmnissen. Dazu gehören in geringerem Maße Zölle (die es im Handel zwischen Europa und USA kaum noch gibt); vor allem geht es um den Abbau von «nichttarifären Handelshemmnissen». Das bedeutet unter anderem die Angleichung oder die gegenseitige Anerkennung regionaler beziehungsweise nationaler Produktnormen, Prüfverfahren und Standards. Als «Handelshemmnisse» werden diese Regeln definiert, weil ihre Befolgung den Unternehmen zusätzliche Kosten aufbürdet. Sie müssen ihre Produkte und Dienstleistungen zusätzlichen Prüfverfahren oder Standards anpassen. Eine Vereinheitlichung, würde den Unternehmen eine Menge Kosten ersparen.

Mit TTIP entstünde zudem ein riesiger Wirtschaftsblock: Auf die Mitgliedsstaaten der EU und die USA entfällt fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts, sie bestreiten 30 Prozent des weltweiten Güter- und 40 Prozent des Dienstleistungshandels. Beide Blöcke sind füreinander jeweils der wichtigste Handelspartner.

DIE VORGESCHICHTE

Anläufe zu einer neuen transatlantischen Wirtschaftskooperation gab es schon viele. Doch sie sind bislang alle gescheitert. Um die neue Dynamik zu verstehen und den besonderen Drang zum Abschluss von TTIP, muss man die Hintergründe betrachten, die den Druck auf die EU und die USA erhöht haben, wieder stärker zusammenzurücken.

1. Der relative Machtverlust des «Westens»²

Seit einigen Jahren sind Europa und die Vereinigten Staaten mit neuen potenten Konkurrenten konfrontiert. Hierzu zählt in erster Linie die Gruppe der BRICS-Staaten, vor allem China.³ In der Folge des Aufstiegs dieser Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) haben die alten Mächte des «Westens» Weltmarktanteile verloren.⁴ Mit ihrer größeren wirtschaftlichen Potenz wächst den BRICS-Staaten auch politische und militärische Macht zu. In Kooperation treten sie zunehmend als Kontrahenten des «Westens» auf, zum Beispiel in internationalen Gremien wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der Welthandelsorganisation.

2. Die schwindende Bedeutung der Welthandelsorganisation

Für internationale Handelsfragen zuständig war in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Welthandelsorganisation (WTO). Sie «basierte auf einem Konsens der Staaten, wurde aber faktisch gelenkt von den USA und der EU/EG».⁵ Für sie war die WTO das Instrument, per Regelsetzung ihre Handelsinteressen für alle anderen Staaten rechtsverbindlich zu machen. Insbesondere sollte die WTO dazu dienen, den chinesischen Markt zu «öffnen». Doch mit dem Machtzuwachs der Schwellen- und Entwicklungsländer lassen sich die gegensätzlichen Interessen nicht mehr auf einen Nenner bringen. Die jüngste Welthandelsrunde (Doha-Runde) ist in einer Sackgasse gelandet. «Der «Club», der 50 Jahre lang Weltwirtschaft und -handel gelenkt hat, ist offensichtlich nicht länger in der Lage, seine Positionen den anderen Parteien aufzuzwingen.»⁶

Da die WTO nicht länger als Mittel zur Durchsetzung europäischer und US-amerikanischer Interessen taugt, wurde damit begonnen, an der WTO vorbei mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen separate Abkommen abzuschließen.

3. Die Krise

Vor dem Hintergrund der jüngsten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise haben die USA und die EU den Anspruch formuliert, den Weltmarkt künftig stärker für ihr Wirtschaftswachstum nutzen zu wollen. Barack Obama hatte 2010 in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, die US-amerikanischen Exporte innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln und das chronische Defizit im Außenhandel zu verringern. Dazu müssten die USA «aggressiv neue Märkte suchen, genauso, wie es unsere Wettbewerber tun».⁷

Zu diesem Zweck verfolgen die USA nicht nur das Freihandelsabkommen TTIP mit Europa, sondern auch eine Trans-Pacific Partnership (TPP) mit südamerikanischen und asiatischen Staaten – unter Ausschluss Chinas. Die EU wiederum – und hier insbesondere die Staaten der Euro-Zone – setzt ebenfalls verstärkt auf den Außenhandel. Da aufgrund von Sparprogrammen und Lohnsenkungsstrategien die Binnennachfrage als Wachstumsmotor ausfällt, bleibt nur der Export, um die Konjunktur anzukurbeln und die Staatsschulden zu senken. Im Rahmen der Wachstumsstrategie «Europa 2020» hat sich die EU vorgenommen, zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Diese Strategie hat explizit eine machtpolitische Stoßrichtung, wie Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 25. März 2012 offen formulierte: «Nur ein wettbewerbsstarkes Europa hat Gewicht in der Welt.»

DIE ZIELE VON TTIP UND TPP

Zwar wurde von der EU-Kommission der Versuch unternommen, TTIP mit seinen vermeintlich positiven Wirkungen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu legitimieren. Die einschlägigen Studien – auch die im Auftrag der Kommission – kommen hier aber auf Werte, die zu vernachlässigen sind.⁸ Tatsächlich verfolgt der «Westen» mit den Handelsabkommen verschiedene Ziele. Zunächst soll es im Folgenden um diejenigen gehen, die die EU und die US-Regierung gemeinsam verfolgen. Danach werden die Gegensätze beider unter die Lupe genommen.

Handelsumlenkung: Zunächst würde ein Abbau von Handelshemmnissen den Unternehmen in der EU und den USA ganz unmittelbar Kosten ersparen und ihnen einen größeren «Binnenmarkt» bescheren. Ihre Wettbewerbsfähigkeit – also ihre relative Konkurrenzposition gegenüber Unternehmen, die von TTIP und TPP nicht erfasst werden – würde dadurch besser, sie könnten billiger anbieten. Erhoffte Folge davon ist zum einen der Gewinn von Weltmarktanteilen, zum anderen eine Umlenkung des Welthandels in die TTIP-Zone. Den Gewinnen der TTIP-Mitglieder stünden damit Verluste jener Länder gegenüber, die nicht Teil des Abkommens sind. Das erwartete Ausmaß der Handelsumlenkung wird allerdings selbst von den Protagonisten der Verhandlungen nicht als sonderlich groß veranschlagt.

Globale Standards setzen: Wesentlich bedeutsamer dürfte die Sogwirkung sein, die von TTIP ausgehen würde. Der neue Handelsblock wäre derart groß, dass sich andere Länder ihm anschließen müssten, sprich: seine Regeln übernehmen müssten, was ihnen zusätzliche Kosten verursachen würde. Mit TTIP könnten die USA und die EU damit das erreichen,

was ihnen über die WTO mit ihrem Konsensprinzip nicht mehr gelingt: die Regeln für den weltweiten Wettbewerb zugunsten der eigenen Interessen zu bestimmen. Das wird auch offen gesagt: Mit TTIP habe «Europa vermutlich das letzte Mal die Chance, weltweite Standards zu setzen», verlautbarte vor Kurzem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.⁹ Was Gabriel hier als Verteidigungsstrategie formuliert, ist im Kern ein Offensivprogramm. Als solches kennzeichnet es Hans-Peter Friedrich (CSU), der in einer Bundestagsdebatte für TTIP mit den Worten warb: «Der eigentliche Kern dieses Freihandelsabkommens besteht aber in der Chance, dass Europa und Amerika künftig in der Lage sind, bei neuen Technologien gemeinsam die Normen zu setzen. [...] Die technischen Normen sind die Reisepässe für Waren und Güter. – Wir, die Europäer und die Amerikaner, können diejenigen sein, die die Reisepässe ausstellen, und das ist ein Riesenvorteil.»¹⁰

China – Unterwerfung durch Ausschluss: Der Hauptkonkurrent des «Westens» ist China. Wirtschaftlich ist die Konkurrenz manifest in den verlorenen Weltmarktanteilen, politisch-militärisch deutet sie sich erst an. Es ist daher kein Zufall, dass die Volksrepublik weder Teil von TTIP noch von TPP ist. «Eine Art, TTIP und TPP zu beschreiben, ist EBC: Everyone But China», so Timothy Garton Ash.¹¹ Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass der Zweck der Abkommen im Ausschluss Chinas liegt – dafür ist das Land ökonomisch zu groß und zu lukrativ für westliche Unternehmen. Ziel von TTIP und TPP dürfte daher sein, China unter ein von den USA und der EU kodifiziertes Regelwerk zu zwingen – unter der Drohung, das Land von den Freihandelsabkommen auszuschließen, sollte die chinesische Regierung den Vorgaben nicht folgen. Bislang ist die Volksrepublik vielen Forderungen des «Westens» in Richtung Marktöffnung nicht nachgekommen. Häufig beklagt werden der mangelnde Schutz von geistigem Eigentum, wodurch US-amerikanischen und europäischen Firmen Einnahmen entgehen,¹² die Abschottung chinesischer Märkte vor ausländischer Konkurrenz, der Zwang für westliche Unternehmen, mit chinesischen Firmen Kooperationen einzugehen, und allgemein die politische Bevorzugung chinesischer Firmen gegenüber ihren westlichen Konkurrenten.

Wesentliches Mittel der Abschottung und der Subventionierung sind die großen Staatsunternehmen Chinas. «Man sollte es daher nicht für einen reinen Zufall halten, dass ein wichtiges Prinzip von TTIP die Herstellung gleicher Konkurrenzbedingungen und die vollständige Transparenz von staatlicher Unterstützung und Marktinterventionen ist», um auf diese Weise «die Unterstützung für die Staatsunternehmen [Chinas] zu begrenzen».¹³ In diesem Sinne betonte Marjut Hannonen, Mitarbeiterin von EU-Handelskommissar Karel de Gucht, China sei herzlich eingeladen, dem TPP oder einem umfassenden Abkommen mit Europa beizutreten – vorausgesetzt, China wäre bereit, die erforderlichen Zugeständnisse zu machen.¹⁴ Die Regeln des «Westens» wären unter TTIP und TPP zudem durch übernationale Schiedsgerichte durchsetzbar. Bereits bislang dienen derartige Gerichte meistens der Durchsetzung der Interessen des globalen Nordens gegen den globalen Süden: Bei den bislang 600 Klagen vor Schiedsgerichten richteten sich drei Viertel gegen Entwicklungs- und Schwellenländer.

Geopolitik – TTIP als «Wirtschafts-NATO»: Die Ziele von TTIP reichen weit über das Ökonomische hinaus. Von der ehemaligen US-Außenministerin Hillary Clinton stammt der Spruch, TTIP könne als eine Art «Wirtschafts-NATO» fungie-

ren. Diese Bezugnahme auf das Militärbündnis macht deutlich, welche weitreichenden Wirkungen sich einige Politikerinnen von TTIP erhoffen oder befürchten. Es geht um nicht weniger als um eine «Erneuerung des Westens»,¹⁵ und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. «Die Logik von TTIP ist geopolitischer Natur», so die Einschätzung des sicherheitspolitischen Experten Peter van Ham. Auch EU-Handelskommissar Karel de Gucht vertritt die Auffassung, bei TTIP gehe es «um das Gewicht der westlichen freien Welt in wirtschaftlichen wie in politischen Belangen». ¹⁶ Wie hängen hier Ökonomie und das Militärische zusammen?

Erstens spielt eine erfolgreiche – und ausreichend große – Ökonomie einem Staat die Mittel ein, um sich eine potente Militärmacht zuzulegen. In diesem Sinne könnten die «erwarteten ökonomischen Gewinne die jeweiligen Bündnispartner revitalisieren», um «eine Allianz gegen China zu schmieden [TPP] oder die Kohäsion des Westens gegenüber Russland zu stärken [TTIP]». ¹⁷ Zweitens könnten sich unter dem Dach von TTIP jene Staaten zusammenfinden, die die gleichen «Werte und Interessen teilen». ¹⁸ Auf diese Weise könnte das Handelsabkommen als Filter für die NATO in der Frage dienen, mit welchen Ländern militärisch kooperiert wird. Zudem kann «TTIP eine Hierarchie innerhalb der NATO reinstallieren und eine Kerngruppe von gleichgesinnten Staaten bilden». ¹⁹

Die USA haben vor einiger Zeit ihren geostrategischen Fokus auf die pazifische Region gelegt, um den auch militärisch untermauerten Anspruch Chinas in der Region zu begrenzen. Über TPP könnten die USA ein Netzwerk von Partnerstaaten bilden als Alternative zum chinesischen Block. Der EU wiederum geht es darum, per TTIP den Fokus der Vereinigten Staaten wieder verstärkt auf die Union mit Europa zu lenken. Denn die EU braucht die USA, um als Global Player mitzuspielen. Das belegt unter anderem der «Fall der Ukraine» (siehe unten).

WIDERSPRÜCHE DES PROJEKTS

Das Freihandelsprojekt steckt voller Widersprüche und Gegensätze. Zum einen ist nicht klar, wer von ihm am Ende profitieren wird. Denn das sind nicht alle. Träfe das Credo der Liberalisierer zu, dass Freihandel allen nützt, so wären Verhandlungen und das viel zitierte «zähe Ringen» um die Ausgestaltung der Abkommen überflüssig. Gewinner und Verlierer wird es bei den Unternehmen geben, aufseiten einzelner Staaten, und auch bei den beiden Blöcke EU und USA steht nicht fest, wer am Ende den angestrebten Machtzuwachs für sich verbuchen kann. Die Frage tut sich auf, da die EU und die USA wie alle Vertragspartner zum Teil gegensätzliche Interessen verfolgen. Sie sind Konkurrenten, die sich zu einem übergeordneten Zweck zusammenfinden: Auf sich allein gestellt ist keiner von beiden stark genug, das gesetzte Ziel zu erreichen. Diese Gemeinsamkeit löscht ihre Gegensätze nicht aus, sondern gibt ihnen eine Verlaufsform. Per Kooperation versuchen beide, einander für das je eigene Ziel zu funktionalisieren. Das erzeugt Reibung.

Die Initiative zu TTIP geht von der US-Regierung aus. Sie will über eine atlantisch-pazifische Doppelstrategie ihre Vormachtstellung ausbauen. Per TTIP und TPP «versuchen die USA wahrscheinlich, die beiden Blöcke [Asien und Europa] gegeneinander auszuspielen, um von beiden ein Maximum an Zugeständnissen zu erhalten». ²⁰ Auf diese Weise bildet Washington separate «Koalitionen der Willigen». Mit dieser Agenda konfrontieren sie die EU, China und den Rest der Welt.

Die EU ihrerseits versucht die Potenzen der USA zur eigenen Machtausweitung zu nutzen, denn allein ist sie insbesondere in Asien weder den USA noch China gewachsen. Die Frage, die sich für die europäische Politik stellt, lautet: Ist sie Profiteur oder bloß Mittel der US-Politik? «TTIP-Enthusiasten glauben daran, dass TTIP einen wichtigen Schritt in Richtung Erneuerung der politischen Kraft des Westens ist. [...] Die Frage an dieser Stelle ist jedoch, ob man das Wort «Westen» durch «USA» ersetzen kann?», fragt Roberto Bendini, Berater des Europäischen Parlaments in Handelsfragen. Für ihn gibt es wenig Zweifel daran, dass TTIP eher den strategischen Zielen der USA dienen wird als den «eher verworrenen und begrenzten Zielen der EU». ²¹ Zwar brauche die EU als weltpolitischer Akteur das Abkommen mit den USA, es habe «eine übergeordnete Bedeutung für die europäische Handlungsfähigkeit». ²² Andererseits hätten die Europäer «kein echtes Interesse daran, in einer kommoden transatlantischen Partnerschaft die Rolle des «Junior-Partners» zu übernehmen». ²³

Dieser Widerspruch entsteht aus der existenziellen Machtasymmetrie der Verhandlungspartner: «Die USA sind noch immer die bei Weitem größte Militärmacht der Welt [...] Die EU ist noch weit von einem gemeinsamen Verteidigungsregime entfernt, und die Kürzungen in den Militärbudgets vergrößern diese Kluft zwischen den USA und der EU noch weiter.» ²⁴ Im Klartext: Wirtschaftlich agiert die EU zwar auf Augenhöhe mit den USA. Militärisch aber sind ihre Mitgliedsstaaten den USA erstens nicht gewachsen; zweitens sind ihre militärischen Potenzen eingebunden in die US-dominierte Struktur der NATO. Bei der Sicherung der globalen Geschäftsordnung ist die EU also auf die USA angewiesen. Auf sich allein gestellt, sind weder die EU noch ihre Mitglieder allein dazu in der Lage, ihre globalen Interessen militärisch abzusichern. Das wird ihnen derzeit an einem aktuellen Fall demonstriert. «In diesem Zusammenhang [TAFTA/TTIP] gewinnt die Krise um die Ukraine ein neues Gesicht.» ²⁵

DER FALL UKRAINE

Ausgangspunkt der innerukrainischen Konflikte war ein Assoziationsabkommen mit der EU im Rahmen von deren Osterweiterung. Hierbei geht es um die (nicht nur) ökonomische Einbindung der Ukraine in den EU-Wirtschaftsraum und die Übernahme von EU-Regeln. Dieses Projekt traf auf – ab einem gewissen Zeitpunkt bewaffneten – Widerstand, hinter den sich die russische Regierung als Patron stellte. Als Antwort darauf erließen die USA und die EU Wirtschaftssanktionen gegen Russland – als Ersatz oder Ergänzung eines möglichen militärischen Eingreifens. Daneben verurteilte ein internationales Schiedsgericht im Juli 2014 die russische Regierung zu einer Zahlung von über 50 Milliarden US-Dollar wegen der – nach Ansicht des Gerichts – ungesetzlichen Zerschlagung des Ölkonzerns Jukos. Beides wirft für die EU die Frage auf, inwieweit sie nicht nur Regeln vereinbaren kann, sondern auch in der Lage ist, ihre Interpretation der Regeln gegen mächtige Gegner durchzusetzen? Oder anders formuliert: Sollte die russische Regierung dem Schiedsgerichtsurteil nicht folgen und die Strafe nicht zahlen – wäre die EU bereit, Staatseigentum der weltweit zweitgrößten Atommacht zu pfänden?

In letzter Instanz bleibt die EU also abhängig von der militärischen Schlagkraft der USA, die sie im Konflikt mit Russland nutzen will und muss. Gleichzeitig scheinen die Vereinigten Staaten im Fall Ukraine ein anderes Ziel zu verfolgen: Während die EU offensichtlich – mit den USA im Rücken –

eine weitere Schwächung des russischen Machteinflusses betreibt, gleichzeitig aber auf die Kooperationsbereitschaft Russlands angewiesen bleibt, zielt Washington auf eine Unterwerfung Moskaus gemäß dem Diktum von Zbigniew Brzezinski, dass Russland ohne die Ukraine auf den Status einer Regionalmacht zurückfallen würde. Anders gesagt: Während die EU in Richtung Moskau noch an den Nutzen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen appelliert,²⁶ scheinen die USA bereit zu sein, diese Beziehungen zu ruinieren, um ihr Ziel zu erreichen.

Der Übergang zur offenen Konfrontation unter Einsatz der wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten kennzeichnet auch das TTIP-Projekt: «TTIP [und die USA] könnten die EU in eine strategische Arena drängen, in der sie sich nicht wohl fühlt, zumindest noch nicht.»²⁷ Innerhalb dieser «strategischen Arena» stellt sich für die anderen Staaten, insbesondere für die BRICS-Staaten, die Frage, ob sie sich dem Projekt der EU und USA anschließen oder ob sie Gegenstrukturen aufbauen. Letzteres scheint der Fall zu sein: Mit einer eigenen Entwicklungsbank und einem eigenen Währungsfonds installieren die BRICS-Staaten Alternativen zur Weltbank und zum IWF. Um Russland im Konflikt mit der EU und den USA beizustehen (und unter Ausnutzung der russischen Notlage für Preiszugeständnisse), vereinbarte Peking einen 30-jährigen Gasliefervertrag über 400 Milliarden US-Dollar. Zudem wurde Russland über Rubel-Renmimbi-Swap-Abkommen Zugang zu Finanzmitteln gewährt.

All das unterminiert die Wirksamkeit der Sanktionen des «Westens». Zugleich zeigt er damit, dass er bereit ist, das globale Wirtschafts- und Finanzsystem als Waffe einzusetzen. Das ist eine Drohung – und ein Risiko: «Derzeit besteht das Risiko, dass die EU und die Vereinigten Staaten am Ende in der schlechtesten aller Welten landen: Die Sanktionen sind nicht stark genug, um Moskaus Verhalten zu ändern oder China von weiteren militärischen Ansprüchen in seiner Nachbarschaft abzuhalten. Gleichzeitig sind sie stark genug, um Russland in eine engere Beziehung zu China zu drängen und China davon zu überzeugen, sich gegen seine Verletzlichkeit im westlichen Finanzsystem zu immunisieren.»²⁸

Tatsächlich ist noch nicht klar, wie China auf das westliche Vorgehen gegen Russland und die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und TPP reagieren wird. Bislang verfolgt Peking seine «Regional Comprehensive Economic Partnership» mit asiatischen Ländern als eine Art Gegenpol. Und es versucht, die EU aus dem TTIP-Block herauszubrechen. Bei seinem Europa-Besuch Anfang April 2014 warb Chinas Präsident Xi Jinping für die Eröffnung von Gesprächen über eine Freihandelszone EU–China. «Washington ist sich dessen bewusst, dass China ein starkes Interesse daran hat, seine strategischen Beziehungen zur EU zu stärken, um eine Gegenmacht zur US-Hegemonie zu bilden.»²⁹ Die EU ist damit ihrerseits vor die Wahl gestellt, mit wem sie kooperieren will, zumal TTIP ihre eigene zerbrechliche Einheit bedrohen könnte. «Genauso wie die NATO die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik überschattet, so könnte TTIP eine Alternative anstatt einer Ergänzung zum EU-Binnenmarkt repräsentieren.»³⁰

WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Das ist also das übergeordnete Risiko der transatlantischen Handelsprojekte und des Vorgehens gegen Russland: Der «Westen» versucht, über seine Kooperation den Rest der Welt unter das eigene Regelwerk zu drängen. Gleichzei-

tig befördert er damit die Segmentierung des Weltmarkts, unterminiert die Universalität des bislang bestehenden Welt(handels)systems und riskiert ein Auseinanderbrechen dieses Systems.

Dieses Risiko scheinen die EU und die USA derzeit bereit, einzugehen, um ihre globale Macht zu festigen, zurückzugewinnen oder auszubauen. Dieser Machtfaktor ist der entscheidende Maßstab, den die TTIP-Verhandlungsparteien anlegen, nicht ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts oder des Lebensstandards der Bevölkerung. Zwar warb auch Bundespräsident Gauck für TTIP: «Die angestrebte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft kann den Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks mehrer.» Dieser zusätzliche «Wohlstand» wird aber stets eher als nützliche Folge von TTIP genannt, nicht als Ziel. Wäre er das Ziel, so bliebe unklar, warum die Eliten der EU und der USA das Abkommen mit so «ausgeprägter Dringlichkeit»³¹ verfolgen. Es bietet ihnen – nach eigener Aussage – die «letzte Chance» auf Machtzuwachs und birgt damit ein großes Risiko: «Das Problem ist: Wenn TTIP scheitert, scheitert es in aller Öffentlichkeit und stellt damit den transatlantischen Westen als leeren Mythos bloß.»³²

Stephan Kaufmann ist Wirtschaftsjournalist und lebt in Berlin.

1 Im Folgenden werden immer wieder Formulierungen wie «die USA wollen» oder «die EU fordert» verwendet, wovon hinter Gegensätze – etwa zwischen konkurrierenden Unternehmen, Arbeitnehmern und Kapital oder zwischen den Regierungen der einzelnen EU-Staaten – verschwinden. Wenn dennoch von der EU und den USA (oder China) quasi als Einheiten gesprochen wird, dann deswegen, weil auf der Ebene des Welthandels Staaten beziehungsweise deren Regierungen die handelnden Subjekte sind. Was sie durchzusetzen versuchen, ist ein – bei allen existierenden Gegensätzen – jeweils übergeordneter Standpunkt, mit dem die jeweiligen im Land oder einer Region dominanten politökonomischen Interessen gesichert werden sollen. Diese Interessen sind nicht zu verwechseln mit denen der EinwohnerInnen dieser Staaten. **2** «Westen» wird hier in Anführungsstriche gesetzt, da die in diesem Wort ausgedrückte Einheit von EU und USA nur begrenzt gilt. **3** Vgl. zum Aufstieg der BRICS in quantitativer Hinsicht Neelsen, John P.: Das Empire schlägt zurück: TTIP vs. BRICS in: Sozialismus, Dezember 2014, im Erscheinen. **4** Deutsch, Klaus Günter: Atlantische Einheit im weltweiten Wettbewerb. T-TIP in Perspektive, Deutsche Bank Research, Frankfurt a. M. 2013. **5** Bendini, Roberto: EU and US trade policy and its global implications, Brüssel 2014, S. 11, unter: [www.europa.eu/RegData/etudes/briefing_note/join/2014/522349/EXPO-INTA_SP\(2014\)522349_EN.pdf](http://www.europa.eu/RegData/etudes/briefing_note/join/2014/522349/EXPO-INTA_SP(2014)522349_EN.pdf). **6** Ebd., S. 13. **7** Zit. n. ebd., S. 5. **8** Vgl. hierzu <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>. **9** Vgl. www.vorwaerts.de/artikel/gabriel-ttip-entmystifizieren. **10** Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht der 54. Sitzung, Plenarprotokoll 18/54, Berlin 2014, S. 4926. **11** Zit. n. Ham, Peter van: The Geopolitics of TTIP. Clingendael Policy Brief, Den Haag 2013, S. 5. **12** Die USA und die EU halten 40 Prozent der weltweiten Patente. **13** Trigkas, Vasilis: The Strategic Implications of TAFTA/TTIP: Will it Engage or Contain China?, in: The Transatlantic Collossus, Februar 2014. **14** Vgl. <http://chinatradeextra.com/China-Weekly-Update/China-Weekly-Update-9/6/2013/eu-official-signals-china-is-wary-of-ttip-tp-ue-to-potential-market-impact/menu-id-1085.html>. **15** Vgl. <http://english.peopledaily.com.cn/90777/8294139.html>. **16** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 1. **17** Perthes, Volker: TTIP: Die strategischen Prioritäten der Anderen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2012, S. 1. **18** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 4. **19** Ebd. **20** Bendini: EU and US trade policy, S. 15. **21** Ebd., S. 17 f. **22** Deutsch: Atlantische Einheit, S. 61. **23** Bendini: EU and US trade policy, S. 20. **24** Ebd., S. 16 f. **25** Neelsen: Das Empire, im Erscheinen. **26** «Russland wirtschaftlich niederzuringen», dürfe nicht der Sinn von Sanktionen sein, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Zit. n.: www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-steinmeier-warnt-vor-zu-scharfen-sanktionen-gegen-russland-a-1005327.html. **27** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 7. **28** Small, Andrew: Ukraine, Russia and the China Option. The German Marshall Fund of the United States, Washington D.C. 2014, S. 1. **29** Vgl. www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/web/riecano_en/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_in/zonas_in/commentary-otero-iglesias-geopolitics-ttip-seen-from-beijing. **30** Bendini: EU and US trade policy, S. 17. **31** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 2. **32** Ebd., S. 6.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Dezember 2014

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling